

**16. Landtag von Baden-Württemberg, 126. Sitzung**

**Donnerstag, 22. Juli 2020, 09:30 Uhr**

## **Rede**

Agrarpolitischer Sprecher

Klaus Burger MdL

### **zu dem Volksantrag**

### **– Gemeinsam unsere Umwelt schützen in Baden-Württemberg**

Es gilt das gesprochene Wort.

Klaus Burger MdL:

Sehr verehrte Frau Landtagspräsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren!

2015 wurde in der Verfassung des Landes Baden-Württemberg der Volksantrag verankert. Das Volk bekam das Recht, eine Befassung des Landesparlaments mit bestimmten Gegenständen im Zuständigkeitsbereich des Landtags zu beantragen.

Für manche mag es ein echter Anachronismus sein, dass ausgerechnet die Bevölkerungsgruppe, von der gern ein eigenbrötlerisches und rückständiges Bild gezeichnet wird, als erste auf dieses Instrument zurückgegriffen hat. Ich spreche von den Landwirten. Was hat sie dazu gebracht? Warum ist es ihnen so wichtig, dass wir uns als Parlament mit ihren Anliegen und ihren Zielen befassen?

Menschen, die 70 Stunden und mehr pro Woche arbeiten, machen das ja nicht, weil sie sonst nichts zu tun hätten. Um einen solchen Volksantrag auszuarbeiten und 84 000 Unterschriften dafür zu sammeln, braucht es mehr als ein Dagegen-Sein. Dahinter steht eine starke Willenskraft. Die Beweggründe sind: Die Bauern fürchteten um ihre Betriebe. Sie haben Angst, dass wir als Gesetzgeber über die vielen Regelungsbereiche ihre Zukunft als Ganzes aus dem Blickfeld verlieren. Nicht umsonst steht der flächendeckende Erhalt der Landwirtschaft in Baden-Württemberg an erster Stelle.

Wir alle wollen kleine familiengeführte, bäuerliche Betriebe. Doch gleichzeitig drängen wir gerade sie mit immer neuen Vorschriften in die Hofaufgabe. Vieles in der Vergangenheit war gut gedacht, manches Gesetz vielleicht aber auch überzogen. Nur: Nehmen wir die Folgen draußen im Land noch wahr? Jeder dritte Landwirt in Baden-Württemberg hat seit 1999 aufgegeben. Was macht das mit unseren Dörfern, mit den betroffenen Familien? Einen kleinen Eindruck davon konnten wir auf den großen Bauerndemonstrationen in den vergangenen Monaten erahnen.

Und eine Frage drängt sich auf: Hat vielleicht nicht das Verschwinden Tausender Höfe selbst einen gewissen Einfluss auf den Rückgang der Artenvielfalt? Bauernhöfe sind schließlich ja nicht nur Wirtschaftsräume, sondern auch Lebensräume für Getier aller Art – von der lästigen Stallfliege bis hin zur bedrohten Rauchschnalbe. Über die zahlreichen Wechselwirkungen im Bereich der Biodiversität wissen wir noch viel zu wenig. Deshalb muss die Forschung ein zentrales Element für die künftige Agrar- und Umweltpolitik sein.

Einig sind wir uns darin, dass wir den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln reduzieren wollen. Aber ein striktes Verbot wäre zu kurz gesprungen. Um nur einen einzigen Aspekt zu benennen: Wenn immer mehr Mittel verboten werden, wird das Spektrum kleiner, und die Gefahr von Resistenzen steigt. Damit können auch in der freien Natur keine gesunden und hochwertigen Lebensmittel mehr wachsen.

Uns liegt ein guter Kompromiss vor. Doch wenn wir jetzt schon wieder Forderungen hören, die lauter werden, dann weiß ich eines ganz sicher: Wer solche Forderungen jetzt stellt, hat keine Ahnung von existenzgefährdenden Einkommenseinbußen. Deshalb entwickeln wir in Bund und Land Ausgleichsmaßnahmen als Hilfe. Das, was unsere Landwirte jetzt brauchen, ist ein Mindestmaß an Planungssicherheit.

Wir haben eine ganze Generation gut ausgebildeter junger Bäuerinnen und Bauern in unserem Land, und sie wollen naturnah hochwertige Lebensmittel produzieren und sich den Verbraucherwünschen stellen.

Aber damit nicht auch sie schon bald frustriert aufgeben, müssen sie wissen, was von ihnen erwartet wird und was sie dafür erhalten. Artenvielfalt, Biodiversität braucht die heimische Kulturlandschaft, und diese basiert auf dem Lebenswerk unzähliger bäuerlicher Familienbetriebe. Es geht eben nicht, dass sie mit den Kosten durch neue Vorgaben allein gelassen werden. Deshalb werden auch das Land und der Bund mit Programmen helfen.

Jeder Bürger unseres Landes kann und muss seinen Beitrag zum Schutz der Artenvielfalt leisten. Statt pflegeleichter Anlagen in den Gärten sollten wir mehr Blumen in unseren Städten und Dörfern blühen lassen. Vielleicht haben wir auch einmal wieder Mut, etwas unaufgeräumte Räume in den Ecken zu belassen, um Asseln und Spinnen einen Lebensraum zu geben.

Letzten Endes wird aber der Umbau der baden-württembergischen Landwirtschaft an der Ladentheke entschieden. Durch die hohen Auflagen verliert die Landwirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten. Umso wichtiger ist es, dass der Anteil regionaler Vermarktung steigt. Auch wir Verbraucher müssen alte Gewohnheiten ablegen und dürfen nicht immer nur nach dem billigsten Produkt greifen.

Die „Natürlich. VON DAHEIM“-Kampagne des Ministeriums für Ländlichen Raum ist hier eine kluge und vielversprechende Maßnahme, aber sie muss auch auf offene Ohren stoßen. Auch die mit CDU-Fraktionsmitteln finanzierte Kampagne „Wir versorgen unser Land“ passt hier punktgenau dazu.

Unsere Landwirte sind nicht rückwärtsgewandt. Sie wollen Zukunft gestalten. Viele, ob konventionell oder ökologisch wirtschaftend, sind bereit und hoch motiviert, die Herausforderungen anzunehmen. Jetzt liegt es an uns, der Politik und den Verbrauchern, ob wir ihnen dafür die Grundlagen sichern oder den Weg ins Morgen verbauen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.